

B. Das derzeitige Patentstreitregelungssystem

Ein Patent ermöglicht dem Unternehmen den Schutz seiner Produkte und Verfahren vor der Imitation. Dieser Schutz des nationalen Patents ist allerdings auf das jeweilige Land beschränkt, in dem es erteilt wurde (Territorialprinzip).¹⁰ Bei international tätigen Unternehmen genügt möglicherweise ein Schutz z.B. nur in Deutschland nicht. Firmen, wie etwa die Bayer AG oder BASF, deren Produkte in vielen Ländern verkauft werden, sind vielmehr auch an einem internationalem Patentschutz interessiert. Dies ist in Europa durch ein sog. europäisches Patent möglich. Dahinter könnte man zunächst vermuten, dass bei Anmeldung eines solchen Patents, ein europaweiter Schutz besteht. Der Schutz auf europäischer Ebene bedeutet aber vor allem die Anmeldung bei dem europäischen Patentamt. Patentverletzungen werden hingegen weiterhin wie nationale Patente vor den nationalen Gerichten geltend gemacht.

Daneben sei die Möglichkeit erwähnt, auf internationaler Ebene ein Patent nach dem Patentszusammenarbeitsvertrag bzw. Patent Cooperation Treaty (kurz: PCT) anzumelden. Dieser Vertrag gilt in 148 Staaten, darunter Deutschland, USA, Thailand oder Indien. Der PCT ermöglicht es, den Patentschutz für eine Vielzahl von Ländern gleichzeitig zu beantragen. Dafür wird anstatt vieler nationaler nur eine internationale Anmeldung eingereicht. Die Erteilung des Patents unterliegt aber wiederum den nationalen Patentämtern während der sog. „nationalen Phase“.¹¹ Im Rahmen dieser Arbeit wird der PCT aber nicht näher betrachtet.

Vielmehr soll die derzeitige Ausgestaltung des möglichen Schutzes durch ein europäisches Patent sowie das Patentverletzungsverfahren in Deutschland im Folgenden näher dargestellt werden. So soll sich ein Bild über das derzeitige Patentstreitregelungssystem ergeben.

I. Das europäische Patent

Das Patentgesetz (PatG) beinhaltet Regelungen für nationale Patente in Deutschland. Es enthält u.a. Vorschriften über das Patent selbst, das Patentamt sowie das Patentgericht. Auf europäischer Ebene hingegen wurde mit dem Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (EPÜ) ein von den nationalen Rechtssystemen unabhängiges, eigenständiges und autonomes Patentrechtssystem geschaffen.¹² Es wurde bereits 1973 unterzeichnet. Ziel dieses Übereinkommen ist gem. Art. 1 EPÜ ein gemeinsames Recht für die Erteilung von Patenten zu schaffen. 1977 wurde schließlich auf Grundlage des EPÜ die Europäische Patentorganisation (EPO) als zwischenstaatli-

¹⁰Vgl. Grabinski/Adam, in: Benkard, EPÜ -Vor Präambel, Rn. 1.

¹¹Vgl. WIPO, PCT FAQs (Stand April 2015), URL: http://www.epo.org/about-us/organisation/member-states_de.html (Zugriff am 08.04.2016).

¹²Vgl. Jestaedt/Kolle, in: Benkard, Art. 1 EPÜ Rn. 2.

che Organisation gegründet mit dem primären Ziel, die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Derzeit gehören der Organisation 38 Mitgliedsstaaten an, so auch alle EU-Mitglieder, aber auch Nicht-EU-Mitglieder wie die Türkei (siehe Abb. 1 auf der nächsten Seite).¹³ Das EPÜ wurde von Anfang so konzipiert, dass es einem weiten Kreis an Staaten zugänglich ist. So handelt es sich bei dem Abkommen auch nicht um EU-Recht, sondern stellt einen internationalen Vertrag dar. Darüber hinaus ist die Einheitliche Patentorganisation keine Einrichtung der Europäischen Union. Dies hat zur Folge, dass das Primär- und Sekundärrecht der EU im Rahmen des EPÜ nicht gilt. Ein Unionsrechtlicher Einfluss ist dennoch etwa durch die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) möglich, die auch europäische Patente betrifft.¹⁴

Aufgabe der EPO ist es, europäische Patente zu erteilen. Diese Aufgabe wird durch das Europäische Patentamt, als ein Organ der Organisation, wahrgenommen. Das Legislativorgan der Organisation ist der Verwaltungsrat. Vertreter der Vertragsstaaten sind dort für die politischen Belange zuständig und überwachen die Tätigkeit des Europäischen Patentamtes.¹⁵

Patente, die nach dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) erteilt wurden, sind nach Art. 2 EPÜ sogenannte „europäische Patente“. Sie werden gem. Art. 52 Abs. 1 EPÜ, der nahezu wortgleich mit dem § 1 Abs. 1 PatG ist, für Erfindungen auf allen Gebieten der Technik erteilt, sofern sie neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind. Geschützt wird hier das klassische amtlich geprüfte europäische Patent, mit einer Schutzdauer von maximal 20 Jahren, Art. 63 EPÜ. Der Unterschied zu den nationalen Patenten liegt in dem gemeinsamen Erteilungsverfahren. Sie werden in einem eigenständigen europäischen Verfahren erteilt. Die materiellen und formellen Patentierungsvoraussetzungen sind im Art. 52 ff. EPÜ geregelt. Obwohl die Erteilung als ein Bündelpatent in einem zentralisierten europäischem Verfahren geschieht, richtet sich die Wirkung vor allem nach dem nationalen Recht der Vertragsstaaten, in denen das Patent wirkt.¹⁶

Dass das europäische Patent keine unbedeutende Rolle spielt, zeigt die ansteigende Zahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt in München. Im Jahr 2015 erreichte die Zahl der Patenteinreichungen einen neuen Spitzenwert von nahezu 279.000, auch die Zahl der Patentanmeldungen ist 2015 auf 160.000 angestiegen. Die meisten Anmeldungen kamen dabei aus den USA (27 Prozent), Deutschland liegt mit immerhin 16 Prozent auf Rang 2.¹⁷ Damit ist Deutschland unter den EPO-

¹³Vgl. Europäisches Patentamt, Geografischer Geltungsbereich europäischer Patente, URL: http://www.epo.org/about-us/organisation/member-states_de.html (Zugriff am 08.04.2016).

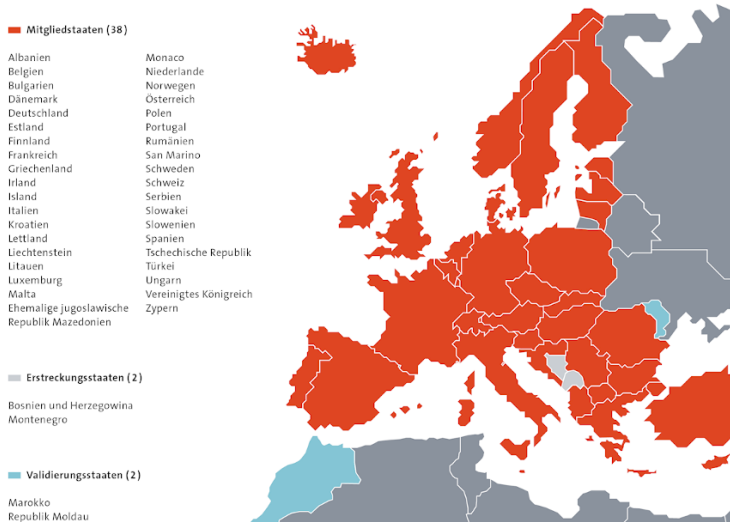
¹⁴Vgl. Jestaedt/Kolle, in: Benkard, Art. 1 EPÜ Rn. 7.

¹⁵Vgl. Kraßer/Ann, Patentrecht, § 7 II b Rn. 60; Europäisches Patentamt, Rechtsgrundlagen (Stand 22.04.2013), URL: http://www.epo.org/about-us/organisation/foundation_de.html (Zugriff am 08.04.2016).

¹⁶Vgl. Jestaedt/Kolle, in: Benkard, Art. 2 EPÜ Rn. 1 ff.

¹⁷Vgl. Europäisches Patentamt, Annual Report 2015, URL: <https://www.epo.org/about-us/annual->

Abbildung 1: Geografischer Geltungsbereich europäischer Patente, URL: http://www.epo.org/about-us/organisation/member-states_de.html (Zugriff am 08.04.2016).



Mitgliedsstaaten führend.

Das anmelde- und wachstumsstärkste technische Gebiet ist die Medizintechnik. 15 Prozent aller Anmeldungen stammen aus diesem Gebiet. Darauf folgen Anmeldungen aus dem Bereich der digitalen Kommunikation und Computer Technologie. Unter den größten Patentanmeldern 2015 gehörten europäische Unternehmen wie BASF, Siemens und Robert Bosch an, aber auch z.B. koreanische und US-amerikanische Konzerne wie Samsung und Intel. Führend mit rund 2400 Patentanmeldungen im Jahr war aber Philips.¹⁸

II. Europäische Patentverletzungsverfahren in Deutschland

Gerade für technologieorientierte Unternehmen sind Patente ein wichtiger Indikator der derzeitigen Wettbewerbslage. Sie können als eine Art Frühwarnsystem für Technologie- und Markttrends, neue Konkurrenten und neue Produkte gesehen werden. Mit dem Patent hat das Unternehmen z.B. die Möglichkeit bei einer entsprechenden Nachfrage

[reports-statistics/annual-report/2015/statistics.html](http://www.epo.org/about-us/annual-reports-statistics/annual-report/2015/statistics.html) (Zugriff am 08.04.2016).

¹⁸Vgl. Europäisches Patentamt, Annual Report 2015, URL: <https://www.epo.org/about-us/annual-reports-statistics/annual-report/2015/statistics.html> (Zugriff am 08.04.2016).

höhere Preise zu verlangen, als wenn auch Konkurrenten dieses Produkt anbieten würden. Ein Patent schützt damit gegen die Benutzung durch die Konkurrenz und vermindert deren Handlungsspielraum. Darüber hinaus entsteht ein Wettbewerb auf Ebene der Forschung und Entwicklung, da auch die Konkurrenten durch patentierte Erzeugnisse Wettbewerbsvorteile erzielen wollen. Die Erhebung einer Patentverletzungsklage stellt dabei für die Unternehmen die ultima ratio (letztes geeignetes Mittel) dar, um patentrechtliche Streitsituationen zu lösen. Dies liegt u.a. an dem damit verbundenen beträchtlichen Arbeitsaufwand und das Kostenrisiko, der mit Patentverletzungsprozessen verbunden ist. Zudem können laufende Prozesse zu Marktverwirrungen führen und bestehende Handelsbeziehungen beeinträchtigen. Wird ein Verfahren über mehrere Instanzen geführt, kann die Unsicherheit über Jahre andauern.¹⁹

Es kann sich dennoch lohnen, seine Patentrechte rechtlich durchzusetzen. Zum Einen kann es den Wert des Schutzrechtes steigern. Bei erfolgreicher Durchsetzung muss der Verletzer darüber hinaus Schadensersatz leisten und über seine patentverletzenden Aktivitäten Auskunft erteilen. Der erreichbare Schadensersatz beläuft sich in Deutschland auf die üblichen Lizenzgebühren. Die Vorteile können dann erreicht werden, wenn in angemessener Zeit ein günstiges Verletzungsurteil erstritten werden kann. Dies ist auch in der Mehrzahl der Fälle möglich. Das liegt auch an den Patentverletzungskammern der Gerichte in Deutschland, die gemeinhin als kompetent besetzt gelten. Nicht zuletzt wirkt sich ein gewonnener Prozess positiv auf die Publizität des Unternehmens aus. Es zeigt, dass das Unternehmen auch bereit ist, seine Rechte notfalls auch gerichtlich durchsetzen zu wollen.²⁰

§§ 139 ff. PatG regelt die zivilrechtlichen Folgen von Rechtsverletzungen, wie die Ansprüche des Verletzten auf Schadensersatz, Unterlassung oder Vernichtung, aber auch straf- und zollrechtliche Konsequenzen. Diese Vorschriften gelten ebenso für europäische Patente gem. Art. 2, 64 EPÜ.²¹

Welches Gericht zuständig ist, wann der Schutzbereich eröffnet ist und wie ein Verfahren abläuft, wird im Folgenden näher erläutert.

1. Zuständigkeit des Gerichts

Wirkt ein europäisches Bündelpatent in Deutschland und wird hier verletzt, so ist bei Streitigkeiten wegen Verletzung des Patents entsprechend vor den deutschen Zivilgerichten zu klagen. Dabei sind gem. § 143 Abs. 1 PatG für Patentstreitsachen stets die Zivilkammern der Landgerichte, und zwar unabhängig vom Streitwert, zuständig. Der Begriff der Patentstreitsachen wird dabei weit ausgelegt. Es genügt bereits ein Zusam-

¹⁹Vgl. Pitz, Patentverletzungsverfahren, Rn. 9.

²⁰Vgl. Pitz, Patentverletzungsverfahren, Rn. 9.

²¹Vgl. Grabinski/Zülch, in: Benkard, Vorbemerkungen §§ 139-142b PatG Rn. 1, 3; Hasselblatt, § 40 Rn. 238.

menhang mit Ansprüchen und Rechten, die ihre Grundlage im PatG haben. Neben Streitigkeiten wegen Feststellung des Bestehens von Ansprüchen bzw. Rechten fallen darunter auch Klagen wegen Unterlassung, Schadensersatz oder Klagen aus einem Lizenzvertrag. Auch Nichtigkeitserklärungen müssen in den einzelnen Vertragsstaaten, wie Deutschland, mit jeweils nationaler Wirkung beantragt werden.²² Das Gericht, bei dem der Beklagte seinen allgemeinen Wohnsitz hat, ist für die Klagen örtlich zuständig. Dies ist bei natürlichen Personen der Wohnsitz (§ 13 ZPO), bei Unternehmen der Sitz (§ 17 ZPO). Zudem gibt es den Gerichtsstand der unerlaubten Handlung, § 32 ZPO. In diesem Falle ist dann das Gericht zuständig, in dessen Bezirk die Patentverletzung begangen wurde. Bei der Versendung von Prospekten wäre dies z.B. am Absendeort der Fall. Sind mehrere Bezirke berührt, kann der Kläger das zuständige Gericht für die Patentstreitsache aussuchen. Dieses Wahlrecht steht dem Kläger gem. § 35 ZPO zu.²³

Da in Deutschland stets die Landgerichte für Patentstreitsachen zuständig sind, hat der Streitwert nur Bedeutung für die Höhe der Anwalts- (§§ 2, 23 RVG) und Gerichtskosten (§§ 3, 63 GKG).²⁴ Die gerichtlichen Prozesskosten in der ersten Instanz würden z.B., bei einem Streitwert von 500.000 Euro, bei 10.608 Euro in erster Instanz liegen.

2. Schutzbereich

Bevor der Patentinhaber seine Rechte gerichtlich durchsetzen will, sollte er sich zunächst einen Überblick über den Bestand seiner Schutzrechte und das Vorliegen einer Patentverletzung verschaffen, um sicherzugehen, dass der Schutzbereich eröffnet ist. Erst mit Veröffentlichung der Patenterteilung im Patentblatt entsteht dem Patentinhaber ein Ausschließlichkeitsrecht gem. §§ 9, 10 PatG, mit dem er etwa Schadensersatzansprüche geltend machen kann. Sobald der Schutzbereich des Patents bestimmt und der Verletzungstatbestand definiert ist, können die patentrechtlichen Ansprüche vor den Zivilgerichten geltend gemacht werden.²⁵ Der Schutzbereich europäischer Patente wird gem. Art. 69 EPÜ durch die Patentansprüche bestimmt. Werden die Wortmerkmale wortsinngemäß oder äquivalent erfüllt, so liegt eine Patentverletzung aber erst vor, wenn auch eine patentrechtlich verbotene gewerbliche Gebrauchshandlung gegeben ist. Dies bestimmt sich, auch für europäische Patente (Art. 64 EPÜ), nach §§ 9-13 PatG. Eine Verletzung ist beispielsweise bei Herstellen oder Gebrauchen eines geschützten Erzeugnisses gegeben.²⁶ Allerdings sollte zunächst stets eine außergerichtliche Einigung angestrebt werden, in deren Rahmen Lizenzverhandlungen angeboten werden

²²Vgl. Grabinski/Zülch, in: Benkard, § 139 PatG Rn. 103; Kraßer/Ann, Patentrecht, § 9 II b Rn. 29; Pitz, Patentverletzungsverfahren, Rn. 111.

²³Vgl. Pitz, Patentverletzungsverfahren, Rn. 111 ff.

²⁴Vgl. Mes, § 139 PatG Rn. 469.

²⁵Vgl. Pitz, Patentverletzungsverfahren, Rn. 3.

²⁶Vgl. Nieder, Die Patentverletzung, Rn. 1, 36.

können. Um bei einem sofortigen Anerkenntnis durch den Patentverletzer die Kostenfolge nach § 93 ZPO für den Kläger bzw. Patentinhaber zu vermeiden, sollte neben dem Hinweis auf Patentverletzung die Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung verlangt werden.²⁷

3. Verfahrensablauf

Kommt es zu einem Patentverletzungsverfahren in Deutschland, untergliedert es sich folgendermaßen:

- Einreichen der Klageschrift
- Prozessleitende Verfügungen des Gerichts
- Klageerwiderung
- Mündliche Hauptverhandlung
- Verletzungsurteil und Rechtsmittel.

Mit Einreichen der Klageschrift beim zuständigen Gericht wird die Patentverletzungsklage erhoben. Mit Zugang der Klageschrift beim Beklagten wird sie schließlich rechtshängig. Mit der Klageschrift zusammen erhält der Beklagte dann eine Verfügung, aus der sich der weitere Verfahrensablauf zur Vorbereitung des Hauptverhandlungstermins ergibt. Schließlich wird in einer Klageerwiderung üblicherweise beantragt, die Klage abzuweisen und die Kosten dem Kläger aufzuerlegen. Die Nichtigkeit ist hingegen als Einwand bei einem Patentverletzungsverfahren nicht zugelassen. Es muss dann vielmehr eine gesonderte Nichtigkeitsklage vor dem Bundespatentamt erhoben werden. Der Beklagte kann dann die Aussetzung des Verletzungsprozesses nach § 148 ZPO beantragen. In der Hauptverhandlung können dann schließlich die Fragen seitens des Gerichts geklärt werden. Es ist für die Parteien die letzte Chance Tatsachen vorzutragen und Anträge zu stellen. Ein rechtskräftiges Urteil bildet das Ende des Patentverletzungsverfahrens.²⁸

Wird gegen das Urteil eine Berufung eingelegt, ist nicht das Oberlandesgericht sondern der Bundesgerichtshof (BGH) dafür gem. § 110 Abs. 1 PatG zuständig. Diese Sonderzuständigkeit ist historisch bedingt. Wenn die Berufung fristgemäß eingelegt (§ 110 Abs. 3 S. 1 PatG) und begründet (§ 112 Abs. 2 S. 2 PatG) wurde, entscheidet der BGH, ob die Berufung nach § 114 Abs. 1 PatG unzulässig ist oder bestimmt einen Termin für die mündliche Verhandlung (§ 114 Abs. 3 PatG). Auf Grundlage der mündlichen Verhandlung ergeht dann das Urteil. Ist die Berufung erfolgreich, wird der Rechtsstreit

²⁷Vgl. Pitz, Patentverletzungsverfahren, Rn. 3.

²⁸Vgl. Pitz, Patentverletzungsverfahren, Rn. 125 ff.

zur Neuverhandlung und Entscheidung an das Patentgericht zurückgewiesen oder der BGH entscheidet selbst in der Sache (§ 119 PatG).²⁹

III. Zusammenfassung

Soll ein Patent in mehreren europäischen Ländern gelten, so besteht die Möglichkeit, ein europäisches Patent beim europäischen Patentamt anzumelden. Europäische Patente werden für Erfindungen auf allen Gebieten der Technik erteilt, sofern sie neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind. Obwohl die Erteilung als ein Bündelpatent in einem zentralisiertem europäischem Verfahren geschieht, richtet sich die Wirkung nach den nationalen Recht der Vertragsstaaten, in denen das Patent wirkt.

Diese Wirkung hat zur Konsequenz, dass man bei einer möglichen Patentverletzung vor den entsprechenden nationalen Gerichten, in denen das Patent wirkt, Klage erheben muss. Es muss jedoch beachtet werden, dass das Recht, Klage zu erheben, erst gegeben ist, wenn die Patenterteilung im Patentblatt eröffnet wurde. Ist der Schutzbereich eröffnet und die Verletzung definiert, kann Klage in Deutschland vor den Landesgerichten eingereicht werden. Patentverletzungsverfahren, wie das hier grob dargestellte deutsche Verfahren, sind allerdings in der Regel kompliziert und zeitaufwendig. Der fehlende einheitliche Patentschutz bei einem europäischen Patent ist hier ein Problem. Möchte ein Europäer, der kein Deutscher ist, in Deutschland sein Recht geltend machen, so muss er sich zunächst mit den nationalen Gegebenheiten, wohlmöglich noch in einer fremden Sprache, die er nicht beherrscht, auseinandersetzen. Dies soll sich mit Einführung des europäischen Einheitspatents ändern.

²⁹Vgl. Hall/Nobbe, in: Benkard, Vorbemerkungen §§ 110-121 PatG Rn. 3.

Die Schaffung eines Einheitlichen Patentgerichts
Das EPGÜ und die Zuständigkeit der Gerichte in der
Übergangszeit

Merkle, J.

2018, VIII, 51 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-20448-8